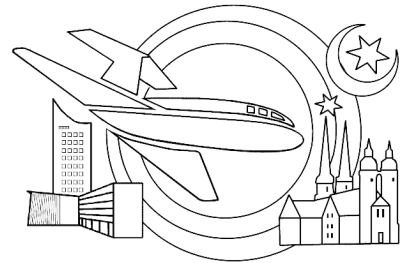


Presse-Information

10/2009 – 09. Oktober 2009



20 Jahre nach der „friedlichen Revolution“: Bürger als Bittsteller

Leipzig feiert den 20. Jahrestag der „friedlichen Revolution“. Die neuen Mächtigen haben sich die Volksbewegung vom Herbst '89 einverleibt und beanspruchen nun, ein System zu repräsentieren, in dem die Ziele und Wünsche von damals erfüllt sind.

Im krassen Widerspruch dazu steht ein Schreiben der Landesdirektion Leipzig (LDL) vom 16. September 2009 an den Leipziger Stadtrat. LDL-Chef Walter-Christian Steinbach begründet darin, warum er eine Teilnahme seiner Behörde an dem vom Stadtrat einberufenen „Dialogforum Flughafen Leipzig/Halle“ strikt ablehnt.

Das „Dialogforum“ soll durch Gespräche zwischen Fluglärmverursachern und –opfern freiwillige Maßnahmen bewirken, die das Los der Fluglärm betroffenen erleichtern. Denn das Leben im Umkreis des Flughafens Leipzig/Halle wird den Bürgern dort, trotz des angeblich wirksamen Lärmschutzprogramms, immer mehr zur Hölle gemacht. Ursache dafür ist die unbegrenzte Nachtflugerlaubnis für Frachtflüge, die mit dem Versprechen von 3.500 Arbeitsplätzen durchgepeitscht wurde. Jetzt stellt sich heraus, dass die Arbeitsplätze, deren Anzahl deutlich geringer sein wird als versprochen, nur als Vorwand für die immer stärkere militärische Nutzung des Flughafens dienen. Jeder fünfte Passagier ist ein amerikanischer Soldat, jede 7. Tonne Fracht ein Panzer oder militärische Ausrüstung – alles mit stark steigender Tendenz. Die Intentionen der „friedlichen Revolution“ von 1989 sind damit völlig auf den Kopf gestellt.

Was schreibt nun also der ehemalige Pfarrer und DDR-Bürgerrechtler Steinbach zu dem Ansinnen, er möge sich den berechtigten Forderungen der Bürger im Dialog stellen? Zitat: *„Mit der Teilnahme an Dialog- und Diskussionsforen kann keine der vom Regierungspräsidium bzw. der Landesdirektion Leipzig getroffenen Entscheidungen aufgehoben oder geändert werden. Bereits vor dem Stadtratsbeschluss zur Einrichtung des Dialogforums war bekannt, dass wichtige Partner nicht teilnehmen werden. Es ist unredlich, bei den Bürgern im Nachhinein den Eindruck zu erwecken, es könnte durch politisch motivierte Dialogforen die gerichtlich bestätigte Situation nach Abschluss aller rechtsstaatlicher Verfahren verändert werden.“*

Die Wahrheit ist:

Der Planfeststellungsbeschluss mit der Festschreibung der unbegrenzten Nachtflugerlaubnis kam unter vollständiger Missachtung der Belange der Bürger zustande und wurde im Sommer 2008 durch ein sehr fragwürdiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt. Die militärische Nutzung des Flughafens, die von den Behörden bis heute geleugnet wird, ist teilweise völkerrechtswidrig und wurde ohne jede Information der Bevölkerung eingeführt. Das auch von Herrn Steinbach zum Vergleich herangezogene Fluglärmschutzgesetz ist nachweislich auf Druck der Luftfahrtlobby zustande gekommen und spricht jeglichem gesundheitlichen Schutzbedürfnis Hohn.

Die Politiker und ihre Hintermänner in den Vorstandsetagen der einschlägigen Luftfahrtkonzerne herrschen nach Gutsherrenmanier und verhöhnen das Volk. „Politisch motiviert“ sind sie freilich nicht, sondern gehorchen dem kapitalistischen Gesetz der ungehemmten Profitmaximierung. Sie sollten sich an den Herbst '89 erinnern. Denn nicht sie sind das Volk, und die Mehrheit der Bürger dieses Landes wird sich seine Rolle als Bittsteller nicht ewig gefallen lassen. Der friedliche, aber entschlossene Geist vom Herbst '89 dient uns als Ansporn, unsere Meinung zu sagen und unsere Bürgerrechte zu verteidigen. 1989 wie heute.

IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e.V.
www.Nachtflugverbot-Leipzig.de

Vorstand: Michael Teske
Nachtflugverbot-Halle@online.de
Georg-Schumann-Straße 339, 04159 Leipzig

Tel. 0345 / 7820591
Fax 0345 / 7820592